
ROMANISTIK UND GESELLSCHAFT

Helene Harth/Brigitte Sändig

Die Geisteswissenschaften – Verlierer der Wende? Ein Gespräch mit Eberhard Lämmert¹

Harth: Herr Lämmert, es sind fast drei Jahre vergangen, seit mit der Umstrukturierung der Hochschullandschaft in Ostdeutschland begonnen worden ist. Sie kennen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats, die eigentlich sehr vernünftig formuliert waren, daß man die Geisteswissenschaften in weiten Teilen erneuern, aber gleichzeitig auch das Erhaltenswerte erhalten sollte. Dabei war nicht daran gedacht, die Erneuerung nur auf den Ostteil Deutschlands zu beschränken. Was ist aus diesen Forderungen nach Ihrer Erfahrung geworden?

Lämmert: Die Chancen waren sehr groß, durch die Vereinigung zu einer geisteswissenschaftlichen Arbeit zu gelangen, die neue Aufgaben angeht und dazu auch neue Arbeitsformen entwickelt. Man kann allmählich bitter werden, wenn man als Resultat heute die Warnung von Jürgen Kocka hört, die Geisteswissenschaften können am Ende die Hauptverlierer der Vereinigung gewesen sein.

Harth: Kann man das so sagen?

Lämmert: Ja, denn in den Naturwissenschaften ist es doch gelungen, eine ganze Reihe von Institutionen im Kern zu erhalten oder sogar neu zu gründen. Schon die beträchtliche Erweiterung der sogenannten Blauen Liste zeigt an, wie viele natur- und ingenieurwissenschaftliche Institute aus der Akademie der Wissenschaften der DDR und aus dort bereits bestehenden Forschungsinstituten weiterentwickelt werden konnten. Für die Geisteswissenschaften bestanden, wie in allen sozialistischen Ländern, neben der Einrichtung an den Universitäten ebenfalls große Zentralinstitute in der Akademie der DDR, die den gesamten Querschnitt geisteswissenschaftlicher Arbeit noch einmal vertraten. Diese Trennung von Forschung und Lehre konnte und wollte man nicht übernehmen. Zudem hatte der Einigungsvertrag die Akademie-Institute kurzerhand zur Auflösung freigestellt. Der Wissenschaftsrat hat sich dennoch

konstruktiv um die Fortführung der lohnenden Forschungen bemüht, die er in einigen Wissenschaftsbereichen, so auch in der Sprach- und Literaturwissenschaft, in überraschend großer Zahl antraf. Dabei ist es ihm gelungen, neben dem WIP-Programm, das fähige Mitarbeiter aus diesen Institutionen so lange fördern sollte, bis sie Anschluß an die Universitäten gefunden haben, sieben geisteswissenschaftliche Zentren in einer Personalstärke von etwa einem Zehntel der ehemaligen Zentralinstitute, und das bedeutet eine erhebliche qualitative Auslese, zusammenzufassen. Es ist aufschlußreich zu beobachten, unter welchen einschränkenden Bedingungen diese Zentren, die ihre Projekte bislang kaum mittelfristig planen können und deren Weiterbestehen inzwischen überhaupt unsicher geworden ist, gute Arbeit leisten. Diese Unsicherheit verdanken sie nicht zuletzt dem Mißtrauen, das die großen, ehemals westlichen und nun für das gesamte Deutschland verantwortlichen zentralen Wissenschaftsinstitutionen in diese geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte haben.

Den Naturwissenschaften gegenüber ist dieses Mißtrauen weit weniger entwickelt, allenfalls stöhnt der Bund etwas über die große Zahl der Institute, die nun die Blaue Liste auf ca. 80 Forschungsinstitute aufgebläht haben. Aber wenn man sich erinnert, wie flink und klug die Fraunhofer Gesellschaft, ehe noch die Evaluierungen zu Ende waren, das Feld abgegrast hat, um die besten und erfolgversprechendsten Forschungsinstitute an sich zu ziehen, und wie sehr auch die Max-Planck-Gesellschaft, nachdem sie eine Weile vornehm gezögert hatte, sich um die Neueinrichtung naturwissenschaftlicher Institute bemüht hat, dann kann man schon zu dem Schluß kommen, daß die Instrumente der Geisteswissenschaften in dieser Partitur konzertierter Anstrengungen ausgefallen sind – mit Ausnahme eben dieser wenigen Zentren, deren Gesamtaufwand allenfalls dem für ein mittleres Institut der experimentellen Naturwissenschaften entspricht. Immerhin war es auch die Max-Planck-Gesellschaft, die eine komplette Null-Lösung verhindert hat, wenn sie für diese Zentren auch vorsorglich und befristet eine eigene Trägergesellschaft gründete, um sich nicht allzu familiär mit ihnen zu machen.

Harth: In diesen geisteswissenschaftlichen Zentren, etwa dem von Ihnen betreuten Literaturforschungszentrum, sind ja Voraussetzungen inhaltlicher und organisatorischer Art geschaffen worden, die wirklich innovatives Arbeiten ermöglichen. Wie schätzen Sie deren Möglichkeiten im Vergleich zu denen der Universitäten ein? Mein Eindruck ist, daß an den Universitäten westliche Konzepte, ungeachtet ihrer Haltbarkeit, oft einfach aufgepfropft worden sind und daß man die Chancen zur Innovation meist nicht genutzt hat.

Lämmert: Da kann ich nur antworten: Wenn von zehn Beratern neun aus den westlichen Universitäten kommen, kann man kaum erwarten, daß etwas anderes als ein Modell nach westlichem Muster herauskommt. Nun kann man entgegennehmen, das sei in verschiedenen Fächern nicht zu umgehen gewesen, denn das entsprechende Potential – politisch vertrauenswürdig und obendrein dann auch noch fachlich qualifiziert – war aus der DDR nicht in ausreichender Zahl zu finden, um etwa paritätische Kommissionen zusammenstellen zu können. Das muß man einsehen. Etwas beschämend für die westlichen Berater ist allerdings die Tatsache, daß alle reformkritischen Überlegungen, von denen die Luft in der alten Bundesrepublik so voll war, in dem Augenblick, in dem es die Organisation der neuen Bundesländer zu beraten galt, völlig weggeblasen waren. So wurde von westlicher Seite vielfach das vorgeschlagen, was man zu Hause schon recht oder auch schlecht hatte, und auf der anderen Seite kam es wegen der mangelnden zeitlichen und sachlichen Abstimmung zwischen der Arbeit der Fakultäten, den Empfehlungen der Landesstrukturkommissionen und denen des Wissenschaftsrates häufig genug dazu, daß sich in den einzelnen Fächern dysfunktionale Einrichtungen der DDR wieder durchsetzten. Man muß sich nur die Lehrstuhlbezeichnungen ansehen, nach denen zum Beispiel in der Germanistik die Lehrstühle weiter nach Jahrhunderten und nach der Vier-Staaten-Theorie verteilt wurden, während für so wichtige Dinge wie Literaturtheorie, Publikumsforschung oder empirische Interpretationsforschung eigene Arbeitsgebiete fehlen. Und obwohl der Wissenschaftsrat bei der Begutachtung der Universitäten auch ein zweites Mal darauf hingearbeitet hatte, die einzelnen Nationalphilologien angesichts des zu einem Markt zusammenwachsenden Europa auf Zusammenarbeit untereinander regelrecht zu verpflichten, wurde diese Aufforderung von den Universitätsgremien vielfach ignoriert.

Harth: Um die Trennung der philologischen Disziplinen auszugleichen, hat der Wissenschaftsrat ja ein spezielles Modell angeregt ...

Lämmert: Der Vorschlag besteht darin, eine zweite, finanziell eigens ausgestattete Forschungsebene zu schaffen, auf der Professoren vorübergehend bei zeitweiliger Reduktion ihres Lehrdeputats an Themen, die nicht einer Philologie zuzuordnen sind, gemeinsam arbeiten können. Das soll nicht eine Trennung des Lehrkörpers nach sich ziehen, bedeutet vielmehr die wechselnde Delegation von einzelnen Vertretern des Lehrkörpers an gemeinsame Projekte. Dazu sollen sie auch keineswegs von der Lehre ganz entlastet werden, denn die Lehre soll ja gerade von diesen kombinierten Aufgaben profitieren. Mit einem solchen Anreiz könnte sich die Forschung Themen stellen, die nicht mehr nationalphilologisch orientiert, aber auch nicht im

Alleingang zu bewältigen sind. Vor allen Dingen könnte eine Fakultät auf diese Weise dafür sorgen, daß ihre Angehörigen aus den verschiedenen Fächertraditionen und Nomenklaturen heraus aufeinander zugehen und sich über gewichtige, gemeinsame Desiderate leichter verständigen. Das kann unbeschadet von der disziplinären Zuordnung der Lehrstühle geschehen, die wohl solange notwendig bleiben wird, wie die Schulen den Abruf von Sprach- und Literaturlehre in den einzelnen Sprachen erfordern. Gerade weil diese Anforderung bestehen bleibt, wäre ein solcher Zwei-Etagen-Vorschlag praktikabel, denn gerade an den kleineren Universitäten kann man kaum erwarten, daß in einer Zeit der Stellenkürzung noch neben den einzelnen Philologien so etwas wie allgemeine und vergleichende Sprachwissenschaft oder Literaturwissenschaft als selbständiges Institut aufgebaut wird. Das gilt nicht für Leipzig und Berlin, da kann man so etwas mittelfristig machen, aber selbst dort müssen erst einmal die Philologien, die Schulfächer beschicken, ausgebaut werden.

Leider ist von alledem bisher nichts auch nur im Ansatz verwirklicht, obwohl auch das, gemessen an der Einrichtung eines einzigen naturwissenschaftlichen Instituts, nur einen Bruchteil kosten würde. Allzu häufig hat man in der Not der scharfen Stellenkürzungen nur ans nächste gedacht und sich dabei oft genug mit alten Nomenklaturen und auch mit alten Argumenten zufrieden gegeben.

Harth: Darauf wollte ich gerade kommen. Man mußte ja schnellstmöglich die Lehrerbildung sichern, im Fall der Romanistik also fast bei Null anfangen, und in der Eile blieb da nur der Rückgriff auf die Prüfungs- und Studienordnungen nach westlichem Modell. Vielleicht mißlang die Innovation, weil man pragmatisch gehandelt hat, als man eine konzeptionelle Diskussion hätte führen müssen.

Lämmert: Ja, da haben Sie vollkommen recht, und dazu möchte ich noch ein zusätzliches Moment nennen. Hinzu kam die Pflicht, doch einen gehörigen Teil politisch nicht belasteter Wissenschaftler der DDR in den neuen Strukturen unterzubringen. Immerhin hatten wir hier kein besiegt Land vor uns, und wer unbescholten war, hatte Anspruch darauf, in diesem Land weiterzuarbeiten wie jemand im Westen, der vor Kündigung sicher ist oder sogar mit Beamtenpension rechnen kann. Das hat zweifellos die Reformen erschwert. Dazu kamen die Sprachschwierigkeiten, die in 40 Jahren Trennung auch zwischen deutschsprachigen Professoren aufkommen mußten und die es sehr schwer machten, gleich zu Konzeptgesprächen zu kommen oder sogar zu ausformulierten Konzepten.

Ein weiteres entscheidendes Manko der inzwischen entstandenen Situation ist die Einseitigkeit der sogenannten „Durchmischung“. Das Wort ist als bevölkerungspolitische Maxime ja schon schlimm genug, aber man muß sehen, daß es für die Ost-Universitäten auch von Vorteil ist, sich zu einem gehörigen Prozentsatz, und sei es auch bis zu 50 Prozent oder mehr, mit Professoren aus dem Westteil Deutschlands zu versehen, um möglichst rasch zu einem lebhaften Austausch der Wissenschaften zu kommen. Das wirklich anzuprangernde Manko ist, daß diese Durchmischung absolut einseitig vor sich ging. Die westlichen Bundesländer haben sich nicht nur nicht an der Förderung von HEP und WIP beteiligt, sie haben tatsächlich ihre Tore bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht einen Spalt breit geöffnet für nachweislich fähige und interessante Wissenschaftler aus den östlichen Bundesländern. Auf diese Weise ist auch die Formel „Durchmischung“ mit einer zusätzlichen Häme versehen. Denn sie bedeutet, wie man gesehen hat, vor allem eine willkommene Erweiterung des Arbeitsmarktes für den westlichen Nachwuchs. Sie bedeutete eben nicht gleichermaßen – ich will schon gar nicht von Nachwuchspflege reden – die Aufnahme dessen, was aus der Forschung und der Lehre der östlichen Bundesländer erhaltenswert war. Hätte man in den westlichen Bundesländern wenigstens für die eigenen Universitäten Prämien ausgesetzt: etwa einen Lehrstuhl, der nicht auf das Deputat angerechnet würde, oder ein paar kw-Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern, so wäre für die persönlich evaluierten WIP-Geförderten auch eine akademische Neuansiedlung im Westen möglich geworden. Hätte man das nur in der verschwindenden Zahl von hundert Fällen gemacht, so sähe die Forschungslandschaft heute anders aus, und manche Anregung von dort wäre, auch wenn man das nicht wahrhaben wollte, den westlichen Universitäten zugute gekommen.

Sändig: Damit sprechen Sie etwas an, was mich auch persönlich bedrückt. Kurt Biedenkopf hat es so formuliert, daß der gewaltige Konversionsprozeß, der mit dem Zusammenwachsen der beiden Deutschlands einhergeht, an der Universitätslandschaft vorbeigegangen ist. Statt dessen agieren Westwissenschaftler oft ohne Gespür für die soziale Realität im Osten.

Lämmert: Natürlich, Vorkommnisse von dem, was sie in östlichen Bundesländern erwartete, hatten ja die wenigsten. Doch gibt es dabei wirklich Ausnahmen, beispielsweise meine Kollegin Renate von Heydebrand, die in Jena Vorzügliches geleistet hat, sowohl zur Einführung von Themen und Methoden, als auch bei der Reintegration des Lehrkörpers. Tatsächlich gab es Fälle, wo jemand wirklich als Pionier loszog, mit Dank aufgenommen und mit großem Dank wieder verabschiedet wurde. Aber es gab und gibt eben auch

viele Fälle, wo einfach die Versorgungspalette für westdeutsche Wissenschaftler erweitert wurde zu Lasten der östlichen, die außerdem noch eine Dezimierung um ein Drittel der Stellen hinnehmen mußten.

Bei allem dürfen wir allerdings nicht vergessen, daß die Universitäten, so wie wir sie antrafen, nicht in der Lage waren, Lehre und Forschung halbwegs effizient fortzuführen. Schlimm ist eben, daß die föderale Verfassung unserer Kulturpolitik nicht gestattete, die westlichen Bundesländer stärker einzubinden. Deshalb blieb es dort dabei, Wissenschaftler zur Unterstützung in die östlichen Länder zu entsenden, aber – mindestens in den Geisteswissenschaften – wurde kaum ein Gedanke darauf verwendet, daß ein entsprechender Austausch natürlich genauso gut für Köln oder Stuttgart, für Marburg oder Tübingen nützlich hätte sein können.

Harth: Herr Lämmert, Sie haben auch das Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses angesprochen. Ich glaube, daß da vieles irreversibel versäumt worden ist. Der Wissenschaftsrat ist in seinen Empfehlungen noch davon ausgegangen, daß auch eine vorübergehende Besetzung von Lehrstühlen durch westliche Professoren möglich wäre, um dann nach einer gewissen Vorlaufzeit dem hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs aus Ostdeutschland das Besetzen von Lehrstühlen zu ermöglichen. Zwar ist in Brandenburg geplant, für habilitierte kw-Stellen zu schaffen, auf denen es dann möglich wäre, sich noch auf eine Hochschullaufbahn vorzubereiten, aber an den meisten Universitäten fallen die Leute heraus und es werden Besetzungen mit Westdeutschen vorgenommen. Was eine langfristige Festlegung bedeutet, zumal die jetzt Berufenen nicht immer zur Spitzengarnitur der westdeutschen Wissenschaft gehören und deshalb mit Sicherheit nicht sehr mobil sein werden. Welche Chancen sehen Sie, den Ost-Wissenschaftlern heute noch Einstiegshilfen zu geben?

Lämmert: Wir brauchen dringend ein zweites Fiebiger-Programm. Erst einmal für lebenslang angestellte Mitarbeiter der ehemaligen DDR-Universitäten, weil die ja gar nicht darauf gerichtet waren, ihre Karriere so zu planen, sich zu habilitieren und Professor zu werden, und zweitens für den akademischen Nachwuchs, der mindestens für eine Zeit von fünf Jahren, etwa auf BAT IIa-Ebene, die Sicherheit hätte haben sollen, seine Promotion oder Habilitation vorzubereiten. Daß dies überhaupt nicht bedacht wurde, daß ein nur geringer Teil des Nachwuchses in das WIP-Programm aufgenommen wurde, wo er nun sich selbst überlassen bleibt und mit seiner Leistung vor den Türen der Universitäten hausieren gehen soll, das ist eine unbedachte, fast unwürdige Form der Förderung gewesen. Unbedacht auch in dem Sinn, daß man glaubte,

mit Geld allein geht es für eine Weile, und dann können die selber weitersehen. Aber es gibt Lagen, in denen kann man sich nicht selbst helfen, weil die gesellschaftliche Anerkennung fehlt.

Harth: Denken Sie, daß heute noch eine Chance besteht, so etwas wie das Fiebiger-Programm analog zu gründen? Die Schaffung von kw-Stellen in Brandenburg könnte vielleicht optimistisch stimmen.

Lämmert: Die Brandenburger machen, auch wenn sie im Wissenschaftsrat ab und an kritisiert werden, in der deutschen Wissenschaftslandschaft einen ganz ungewöhnlich frischen Eindruck. Sie haben aus dem Umstand, daß sie keine großen Institutionen zu renovieren hatten, wirklich eine Tugend gemacht. Ich denke an die west- und osteuropäischen Lehrstuhlbezeichnungen in Frankfurt/Oder und einige andere konstruktive Dinge von der Einrichtung vergleichen der kunsthistorischen Studien bis hin zur Brandenburger Kleist-Ausgabe. Aber man darf nicht vergessen, daß Brandenburg eines der ärmsten Bundesländer ist, und deshalb kann man nicht erwarten, daß dort Modelle für ganz Deutschland entwickelt werden können. Für den Nachwuchs bestünde die letzte Chance darin, wenn heute über ein Fiebiger-Programm Stellen im Überhang geschaffen würden, die man durch kw-Vermerk nachher auf das erforderliche Maß zurückfahren kann.

Harth: Kommen wir nun zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die ja auch umstrukturiert worden sind. Welchen möglichen Beitrag zur Erneuerung der Universitäten können diese Einrichtungen liefern, insbesondere im Hinblick auf die Organisation und die inhaltliche Ausrichtung der Geisteswissenschaften?

Lämmert: Diese außeruniversitären Institute bieten sich gerade in den Geisteswissenschaften dazu an, Reformen, die an den Universitäten aus politischen, wissenschaftlichen oder auch nur institutionellen Gründen nicht versucht wurden, im Modell zu erproben. Ihr Personal kann für bestimmte Projekte eigens überregional zusammengestellt werden, und die Themen wie auch die Ergebnisse ihrer Arbeit müssen sich nicht an Studienordnungen messen, die sich bei der notwendigen ministeriellen Genehmigung oft erst nach Jahren ändern lassen. Das Zentrum für Literaturforschung zum Beispiel kann zwanglos Wissenschaftler verschiedener Disziplinen für einzelne Projekte zusammenbringen und so von heute auf morgen in Angriff nehmen, was dieselben Personen mit ihren jeweils disziplinären Verpflichtungen an einer Universität dort nicht zustande bringen könnten. Es gibt zahlreiche Gründe dafür, warum selbst an großen Fakultäten divergente Anforderungen oder auch Interessen solche konzentrierte Einstellung auf gemeinsame Arbeits-

felder verhindern. Da kann man solche Zentren wie Probierfelder benutzen, auf denen man anbaut und abschmeckt, was sich später auf dem breiteren Plateau der Studienordnungen auspflanzen läßt. Obenan stehen dabei fürs nächste alle Projekte, die im Zeichen unserer eigenen kulturellen und politischen Zukunft einer konvergenten oder auch kontrastiv vergleichenden Arbeit oder bisher einzelsprachlichen Nachbarphilologien oder aber der kulturvergleichenden Arbeit historisch oder geographisch weiter auseinanderliegenden Sprach- und Literaturwissenschaften dienen. Doch gilt ähnliches auch für Anforderungen spezifischer Zusammenarbeit zwischen Soziologen, Psychologen und Historikern, zu der etwa die französische Mentalitätsgeschichte uns schon seit Jahrzehnten hätte anregen können. Insofern denke ich, daß diese geisteswissenschaftlichen Zentren auch um der Reform westdeutscher Universitäten willen unbedingt ihren Platz neben den Universitätseinrichtungen haben sollten. Dabei ist der Einwand, man dürfe Geisteswissenschaftler nicht jahrelang ohne Lehre arbeiten lassen, insofern zu berücksichtigen, als die dort Forschenden mit reduziertem Lehrauftrag selbstverständlich auch an den Universitäten ihre Lehre anbieten und so die Universitäten von ihrer Forschung profitieren lassen sollten.

Harth: Der Wissenschaftsrat hat eine stärkere Ausrichtung der Geisteswissenschaften in Richtung Kulturwissenschaft gefordert. Halten Sie das für vernünftig, und wie begegnet das Literaturforschungszentrum solchen Überlegungen?

Lämmert: Es ist immer heikel, wenn von ganz oben her und pauschal die Entwicklung eines Gebietes oder einer Methode regelrecht gefordert wird. Ich möchte im Mikrokosmos eines solchen geisteswissenschaftlichen Zentrums Methoden eher miteinander konkurrieren lassen, obwohl ich durchaus einsehe, daß der Wissenschaftsrat mit dieser Vorgabe gewissen Defiziten abhelfen will. Ein Argument für eine stärkere kulturwissenschaftliche Orientierung ist sicher der im Osten wie im Westen aus unterschiedlichen Gründen, aber doch gleichermaßen spürbare Verdruss an sozialwissenschaftlicher Forschung, der sich teilweise eben in einer übermäßig eifrigen Adaption strukturaler oder poststrukturaler Methoden äußert. Zwar gab es da einigen Nachholbedarf, und für die historische Anthropologie beispielsweise kann man strukturaler Arbeit sehr wohl als Basis benutzen. Gewiß aber steht kulturhistorische Arbeit neuer Art dringlich an in Bereichen, in denen bis jetzt in erster Linie die alten Kulturen erforscht und gepflegt wurden. Da hat beispielsweise das Zentrum „Moderner Orient“ geradezu einen Berg von Aufgaben vor sich, ähnliches gilt aber auch für die neben dem Russischen bislang allzu sehr vernachlässigten kleineren slawischen Sprachen und Kulturen. Ein in Deutschland noch kaum

angegangenes Gebiet strukturaler Forschung eröffnete sich im übrigen, wenn man daran dächte, ein solches Zentrum etwa auch für eine vergleichende Semiotik und Semantologie der Künste einzurichten, denn die verschiedenen Kunstwissenschaften hatten bislang allein in der Akademie der Künste der DDR Arbeitsverhältnisse, die sie zu enger Nachbarschaft ausdrücklich veranlaßten.

Harth: In den Forschungszentren arbeiten ja Wissenschaftler interdisziplinär an interessanten Schwerpunktthemen zusammen, und sie haben zusätzlich die Möglichkeit, Gäste aus dem In- und Ausland einzuladen. Welche der dort bisher erprobten Orientierungen könnten Ihrer Meinung nach vielleicht in eine neue Struktur der Universitäten eingehen?

Lämmert: Die Vielzahl und der rasche Wechsel von Ansprüchen einer hochentwickelten Industriegesellschaft an die Wissenschaft verlangt nicht eine Auflösung hergebrachter Disziplinen, wohl aber ihre ständige Ergänzung durch quergelagert Projektstudien. Vor allem sind unmittelbare Gegenwartsaufgaben so gut wie nie einer einzigen Disziplin zu überantworten; sie müssen daher in solchen – wohlgeordnet befristeten Projekten angegangen werden, die von einzelnen Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen gebildet werden, wobei auch die Grenzen zwischen Geistes-, Sozial-, Natur- und Ingenieurwissenschaften überschritten werden müssen. Das bedeutet aber nicht, daß die einzelnen Disziplinen ihrerseits, mindestens für das Grundstudium, in Frage zu stellen wären.

Projektarbeit ist mindestens für die Geisteswissenschaften noch keineswegs selbstverständlich. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft verzeichnet im Bereich der Sprach-, Literatur- und Kunstwissenschaften bisher die wenigsten Anträge auf Gruppenforschung. Für Gruppenarbeit besteht aber dort ein ausgesprochener Nachholbedarf, weil sie zugleich neue Forschungsfelder erschließt. Will man etwa nicht bloß die Entstehungs-, sondern auch die Wirkungsgeschichte eines Begriffs, eines klassischen Textes oder auch einer künstlerischen Technik verfolgen oder will man in Schulklassen oder in einer bestimmten Region das Spektrum der Ausdeutung und Anwendung von einzelnen Texten, Emblemen oder musikalischen Motiven empirisch erforschen, braucht man in einem viel größeren Maße als bisher Teamarbeit. Solange aber an Universitäten nicht einmal kollegiale Lehrveranstaltungen für die einzelne Lehrkraft als Vollerleistung angerechnet werden können, ist solche Gruppenarbeit dort kaum institutionell zu fördern. An einem solchen Forschungszentrum aber ist das möglich, und auch Formen kluger Arbeitsteiligkeit, die zur Lösung einer größeren Aufgabenstellung unerlässlich sind, können dort erlernt werden.

Harth: Das wären Anregungen, die sich aus Ihrer praktischen Arbeit im Literaturforschungszentrum ergeben. Daneben können ja auch gewisse Förderungsinstrumente wie Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen, Graduiertenkollegs und neuerdings Innovationskollegs anregend wirken. Oder sind bestimmte praktische und bürokratische Vorgaben unüberwindlich? Ich denke da an die sehr traditionelle Lehrerbildung, die ja vor allem von den Ministerien festgeschrieben wird.

Lämmert: Wenn man bedenkt, daß in den angelsächsischen Ländern jemand ein staatlicher Lehrer werden kann, ohne daß der Staat ihm beim Examen auf die Finger gesehen hat, weil der Staat nämlich den Universitäten traut, dann ist man erschrocken über das Ausmaß an staatlicher Reglementierung der Studienordnungen für Lehrer, wie sie bei uns üblich ist. Meines Erachtens müßte die Lehrerbildung dahin gehen, in Kleingruppenarbeit modellartig Unterrichtstüchtigkeit zu erwerben, vielleicht sogar mit einzelnen, in das Studium hineingeflochtenen Lehrveranstaltungen, die den Lehrern über ihren Fachhorizont hinaus z.B. weiterreichende natur- und ingenieurwissenschaftliche Orientierung mitgeben. Auch das könnte in Form von Projektstudien geschehen, d.h. Studien, die sich an ein enges, aber aktuelles Thema anschließen, das von Studenten und Dozenten ganz verschiedener Fächer bearbeitet wird. So etwas könnte nicht zuletzt auch viele Sprachschwierigkeiten zwischen Experten verschiedener Wissensgebiete beheben.

Im übrigen ist es ja zu begrüßen, daß in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Fördermaßnahmen zusätzlich angeboten wurden, etwa die Graduiertenkollegs oder die künftigen Innovationskollegs, die auf verschiedenen Wegen helfen können, Lehre und Forschung neu zu verbinden. Es ist jedenfalls weitaus vernünftiger, solche mittelfristigen Kollegs einzurichten, als für neue Ansprüche gleich neue Teildisziplinen zu gründen, die dann ihren ständigen Ausbau nach sich ziehen. Die Vielfalt solcher Institutionen ist vielmehr ein Vorteil, ein Pluspunkt an sich, und man muß schon wieder grimmig werden, wenn man in der FAZ liest, daß der Graduiertenkollegs jetzt schon wieder zu viele seien, womit der Elitedanke verlorenzugehen drohe. Dieser falsche Ansatz, daß die Elite immer nur aus wenigen bestehen darf, kann schnell zum Hemmnis werden, diese vielen Instrumente nebeneinander weiterzuentwickeln. So fallen auch aus dem Bundesforschungsministerium nur Tropfen auf einen heißen Stein, wenn von hundert beantragten Innovationskollegs, zu denen Lehrkräfte der neuen Bundesländer sich unternehmungsfreudig zusammenfinden wollen, nur sechs bis sieben auf Bewilligung rechnen können.

Harth: Wenn wir vielleicht das Beispiel der Sonderforschungsbereiche herausgreifen, dann zeigen sich auch gewisse Probleme dieser Förderungsinstrumente. Nach Aussage der DFG gibt es noch keinen einzigen geisteswissenschaftlichen Sonderforschungsbereich in Ostdeutschland. Können Sie vielleicht etwas über die Gründe sagen, die das bisher verhindert haben?

Lämmert: Der Sonderforschungsbereich ist ein Instrument von einer Größenordnung, die für die Geisteswissenschaften schon fast unökonomisch ist, weil sie in den ersten Jahren häufig mehr Koordinationsaufwand mit sich bringt als aufweisbare Leistung. Das ist gerade an erfolgreichen Sonderforschungsbereichen zu studieren, deren Sprecher klagen, daß nicht nur sie selbst, sondern viele Beteiligte wegen all der Koordinationsabsprachen zu viel weniger gekommen sind, als sie gehofft hatten. Für die Geisteswissenschaften mit ihrem mäßigen Apparatenaufwand, mit ihrer geringen Notwendigkeit zur technischen Koordinierung ist es oft klüger, kleinere Projektgruppen zu bilden, zumal dann auch die Aufgabenstellungen vielfältiger sein können.

Erschwerend wirkt dabei zudem eine Art von Einheitsästhetik, die auch in der Forschungsgemeinschaft noch anzutreffen ist: Wenn nur alles miteinander zu verbinden ist, dann ist es gute Forschung. Daß Forschergruppen auch konkurrierend forschen können und nicht unbedingt auf eine Kohärenz ihrer Ergebnisse aus sein müssen, sollte man auch wieder einmal lernen, zumal gerade dies uns ja im Wirtschaftsleben längst als Ethos gepredigt wird: ein interessantes Beispiel übrigens für die Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen. Leider schlagen aber für das Prestige einer Universität die Sonderforschungsbereiche ganz anders zu Buche als die unter Umständen effektiveren kleineren Forschungseinheiten.

Harth: Ich würde Sie gerne auch zu Ihren persönlichen Erfahrungen mit dieser sogenannten Wende und der Umstrukturierung der Hochschulen befragen. Sie haben in einer Weise, die ziemlich einzigartig ist, Ihr ganzes Wissen und Können dieser Erneuerung zur Verfügung gestellt. Was sind Ihre Eindrücke im Positiven wie im Negativen?

Lämmert: Ich will mal mit negativen Eindrücken anfangen. Selbst dort, wo man erkannt hat, daß gute Forschung betrieben wird, weiß man heute so wenig wie vor drei Jahren, wie es in einem oder eineinhalb Jahren weitergehen soll. Das ist auf die Dauer kein Zustand, den gute Forschung aushalten kann, und so sehe ich selbst gute Ansätze immer wieder dadurch gefährdet, daß WIP und ähnliche Förderungsprogramme auch für effiziente Teams längerfristige Planungen nicht erlauben. Es ist leider auch nicht möglich gewesen, in einem wünschenswerten Maße Forschungseinrichtungen zu schaffen, die über die

klassischen Nachbarschaften hinausgehen. Es gab einen noch im Osten Berlins entstandenen Plan, Philosophen, Psychologen, Linguisten und Informatiker zusammen mit Ästhetik- und Kunstwissenschaftlern zu einem kommunikationswissenschaftlichen Zentrum zusammenzufassen. Ich selbst hätte sehr gerne Historiker, Sozialwissenschaftler und Kunsthistoriker zur Erarbeitung einer vergleichenden Geschichte der Künste zusammengebracht. Aber gegen die Empfehlung des Wissenschaftsrates hat das Land Berlin sogar die multidisziplinär existierende Forschungsabteilung der Akademie der Künste Ost glatt liquidiert: übrigens ein schönes Beispiel für Systemzwänge der Bürokratie, denn von den zwei zuständigen Senatsbehörden sah sich diejenige für die Wissenschaft nicht für die Akademie der Künste und diejenige für die Kultur nicht für Wissenschaftler zuständig. Aber auch die Akademie der Künste (West) war mehr auf die Archive als auf die Forschungsabteilung des Ostens erpicht, obwohl der Wissenschaftsrat diesen Forschungsverbund dem Typ nach als ein Unikum in Ost- und Westdeutschland erkannt hatte.

An dieser Stelle aber ist es angebracht, zu den positiven Eindrücken überzugehen. Denn gerade hier ist das Land Brandenburg in die Bresche gesprungen und hat wenigstens eine Arbeitsgruppe dieser Wissenschaftler der Akademie der Künste zu einem neuen Projekt zusammengefaßt. Es bietet gegenwärtig, soweit ich sehe, die in Deutschland einzigartige Chance, Musikwissenschaftler, Theater- und Filmwissenschaftler, Literaturwissenschaftler und Kunsthistoriker an ein und demselben Projekt beschäftigt zu sehen. Wobei allerdings auch das Land Brandenburg die Finanzierung nicht länger als für anderthalb Jahre garantieren kann. Solche Innovationen gibt es immerhin.

Dazu sind weiterhin zu zählen eine Reihe von Ansätzen, an Technischen Hochschulen kultur-, sozial- und ingenieurwissenschaftliche Studien enger zusammenzuführen, und auch der Gedanke, daß in Frankfurt/Oder die Kulturwissenschaftliche Fakultät als eine Art von Artistenfakultät alter Art Grundlagenwissen für die Juristische und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät beisteuern soll, ist als ein bemerkenswerter Neuerungsversuch zu würdigen.

Immer häufiger berichten auch in- und ausländische Professoren, die in den neuen Bundesländern Gastvorlesungen geben, von überraschend guten Erfahrungen mit den Studenten, die sie dort antreffen. Wissensdurst und Zielstrebigkeit in der Anlage des Studiums scheinen sich dort besser befriedigen zu lassen als an vielen überfüllten Universitäten des Westens, und nicht selten wurden den Gästen dort auch Fragen nach ihrer Wissenschaft gestellt, auf die ihnen neue Antworten einfallen mußten. Gewiß schälen sich mit

begonnener Zusammenarbeit auch manche Schwierigkeiten erst heraus. Gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften sind jahrzehntelang geprägte Unterschiede der Perspektiven und entsprechend auch der Vorbildung nicht immer rasch zu überwinden. Andererseits fällt von einer unbefangenen Besichtigung westlicher Perspektiven, wie sie mitunter von jüngeren ostdeutschen Wissenschaftlern mit Geschick und Nonchalance geübt wird, auch auf die Eilfertigkeit des wissenschaftlichen Modewechsels im Westen zuweilen ein befreiendes Licht.

Meine eigene Tätigkeit sah ich vor allem darin, Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht nur Empfehlungen bleiben zu lassen, sondern sie auch in Arbeitsformen umzusetzen und damit praktisch auszuführen. Das war zuweilen, insbesondere im Gestrüpp konkurrierender Instanzen, ein zähes Geschäft, aber im ganzen läßt mich der Rückblick doch optimistisch bleiben, weil wir auf einem notwendigen, wenn auch beschwerlichen Wege doch schon ein Stück weit vorangekommen sind.

Harth: Gab es für Sie auch besonders positive und überraschende Erfahrungen im Kontakt mit ostdeutschen Wissenschaftlern?

Lämmert: Ja, das fing damit an, daß ich in der Humboldt-Universität an einem Seminar teilnahm und die dortigen Studenten Fragen stellten, die mich gehörig zum Nachdenken über mich und meine Wissenschaft veranlaßt haben. Das setzte sich fort mit Diskussionen, die ich unter meinen Kollegen und Mitarbeitern in dem Literaturforschungsinstitut führe oder anhöre. Ich will nur ein einziges Beispiel nennen. Halb scherzhaft hat eine philosophische Mitarbeiterin des Literaturforschungsschwerpunkts es für einen Vorteil erklärt, erst so spät mit Foucault und mit Derrida bekannt geworden zu sein: Sie könne sich heute viel unbefangener mit ihnen beschäftigen, weil sie nicht gezwungen gewesen sei, sie für unbezweifelbare Modegrößen zu halten oder sie umgekehrt in Bausch und Bogen zu verdammen. Diese Lockerheit im Umgang mit heiligen Kühen hat mir Spaß gemacht und mich in vielerlei Hinsicht auch zum neuerlichen Lernen veranlaßt.

Harth: Eine Frage noch zum Abschluß. Manchmal denke ich mit Schrecken an die Zukunft, wenn ich feststelle, daß gerade bei der Besetzung der Lehrstühle und der praktischen Gestaltung der ostdeutschen Universitäten zu 99 Prozent Westwissenschaftler zum Zuge gekommen sind. Was wird es in Zukunft bedeuten, daß einerseits hier ja noch lange andere gesellschaftliche Voraussetzungen herrschen werden, die bei der Umstrukturierung der Universitäten kaum berücksichtigt wurden, und daß andererseits eine ganze Generation von Ostwissenschaftlern praktisch keine Überlebenschance bekommen hat?

Lämmert: Ich finde diesen Zustand ebenfalls bedrohlich, und alle bisherigen Reaktionen darauf sind kurzsichtig. Schon seit Jahren haben wir gerade in den Geisteswissenschaften zuwenig Hochschullehrer für zuviele Studenten. Nichts zeigt uns an, daß die Studentenzahl in den kommenden Jahrzehnten drastisch sinken wird. Und trotz der Graduiertenkollegs fehlt eine Förderung, die uns in den nächsten fünf bis zehn Jahren ausreichend viele und ausreichend gute junge Universitätslehrer beschere könnte. Das sähe ganz anders aus, wenn sich die alten Bundesländer mehr an der Erneuerung der Hochschullandschaft der neuen Bundesländer beteiligt hätten. Warum hat man an westlichen Universitäten nicht befristete Qualifikationsstellen für den Ost-Nachwuchs geschaffen? Ich kann mir eigentlich keine bessere Möglichkeit vorstellen, um noch bestehende und etwa sich fortschleppende oder gar neu verfestigende gesellschaftliche Gegensätze einzuebnen und sie daran zu hindern, am Ende auch in wissenschaftliche Distanz zwischen Ost und West neu umzuschlagen.

Harth: Im Ausland war man da flexibler. In meinem Bereich, der Romanistik, hat man sehr rasch junge Wissenschaftler nach Frankreich, Spanien und Italien eingeladen.

Lämmert: Ja, das Ausland ist – übrigens auch mit Hilfe des DAAD – da vielfach aufmerksamer gewesen als manches westdeutsche Bundesland. Leider kann man ja auch nicht sagen, daß die ostdeutschen Universitäten von westdeutschen Wissenschaftlern so hochkarätig besetzt worden wären, daß man die Erziehung des Nachwuchses diesen Universitäten in ihrem jetzigen Zustand ruhig überlassen sollte. Zeitstellen in Baden-Württemberg oder in Rheinland-Pfalz für ostdeutschen wissenschaftlichen Nachwuchs – das will ich noch einmal unterstreichen – sind keine großen Ausgaben, aber es wären Signale von außerordentlicher Wichtigkeit, die wir für die Integration unserer Hochschullandschaft dringend brauchen.